

DISCUSSION PAPER

Februar 2018

von Fedor Ruhose

Hundert-Tage-Update: Handlungsempfehlungen für den Umgang mit der AfD im Bundestag

Mit dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) ist erstmals eine klar rechtspopulistische bis völkisch-rechtsextreme Fraktion im Bundestag vertreten. Dies stellt andere Fraktionen und Abgeordnete vor neue Herausforderungen im parlamentarischen Alltag. Nach 100 Tagen AfD im Bundestag und Präsenz in fast allen Landtagen zeichnen sich jedoch Verhaltensmuster ab, die eine kluge Reaktion und Konterchancen ermöglichen. Dieses Papier liefert daher 15 Handlungsempfehlungen für den Umgang mit der AfD im Bundestag.

Einleitung

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist als drittstärkste Kraft in den Bundestag eingezogen. Damit gibt es im Bundestag erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik eine rechtspopulistische Fraktion, deren Mitglieder und Anhänger zu einem beträchtlichen Anteil aus Rechtsextremisten bestehen. Das hohe Wahlergebnis von 12,6 % und die damit einhergehende Legitimation durch Wählerinnen und Wähler bringen der AfD neben der bereits großen öffentlichen Aufmerksamkeit nun auch finanzielle und personelle Ressourcen. Hundert Tage AfD-Bundestagsfraktion ermöglichen es, die erste Version dieses Papiers um Beobachtungen aus dem Bundesparlament zu ergänzen.

Das sich stetig wandelnde Auftreten der AfD, die kalkulierte Provokation ihres Personals und die regelmäßige Selbstdarstellung als Opfer der „Altparteien“ erschweren eine Auseinandersetzung im Rahmen der bisher praktizierten politischen Mechanismen. Nicht zu unterschätzen ist auch die Unterstützung in den sozialen Netzwerken sowie die Verunsicherung bei den etablierten Medien hinsichtlich des Umgangs mit diesem relativ neuen politischen Akteur. Dies hatte der AfD schon bis zur Wahl überproportionale Sichtbarkeit beschert. Jetzt ist die Bühne des Deutschen Bundestags hinzugekommen.

Der Wahlerfolg der AfD speist aus verschiedenen Quellen: einem Gefühl der Verunsicherung in vielen Bevölkerungsteilen, dem Bedürfnis nach Protestwahl und aus der Mobilisierung von Konservativen und Rechten, die früher ihre Heimat in der Union und in Parteien rechts von ihr fanden. Die AfD fährt dafür zweigleisig: Sie ist Ventil für die über Jahre aufgestaute Frustration zahlreicher Bürgerinnen und Bürger und gleichzeitig Katalysator für fremdenfeindliche Ressentiments: dies erklärt auch die Wählerwanderung (eine Millionen Stimmen von der Union, 500.000 von der SPD und 400.000 von den Linken) sowie die große Mobilisierung von Nichtwählern.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Fremdenhass ist nun im Plenarsaal angekommen. Die Sitzungen der ersten hundert Tage dieser Wahlperiode zeigen: Parteien, Abgeordnete und Medienvertreter haben bereits erste Erfahrungen mit der AfD sammeln müssen. Daraus müssen jetzt Haltungen und ein Umgang mit der AfD im praktischen parlamentarischen Alltag entwickelt werden, die gewährleisten, dass die Partei bei der nächsten Bundestagswahl nicht noch stärker abschneidet oder, idealerweise, es nicht erneut ins Parlament schafft. Es geht aber auch darum, dass progressive Fraktionen nicht wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen. Sie müssen ihre parlamentarische Arbeit unabhängig von der AfD strukturieren. Diese Aufgabe ist an sich nicht einfach, wird aber noch schwieriger, wenn die AfD durch die Bildung einer erneuten Großen Koalition größte Oppositionsfraktion wird. Daraus leiten sich nach parlamentarischem Brauch nämlich über die im Grundgesetz und der Bundestagsgeschäftsordnung hinausgehende Rechte ab, wie zum Beispiel der Vorsitz des wichtigen Haushaltsausschusses.

Um der AfD mit Haltung zu begegnen und ihr nicht ungewollt in die Hände zu spielen, sollten Fraktionen und Abgeordnete die neue Herausforderung mit Bedacht und Umsicht angehen. Dabei können sie auf Erfahrungen aus den Landesparlamenten aufbauen, die sich bereits seit 2014 täglich mit der AfD konfrontiert sehen.

Inside AfD: Parteiflügel und Parteieinflüsse

Die AfD hat sich seit der Bundestagswahl verändert. Nicht immer freiwillig, auf jeden Fall nicht geplant. Der neue Vorsitzende und Fraktionschef, Alexander Gauland, bezeichnet seine Partei daher zu Recht als „gärtigen Haufen“. Die Versuche der ehemaligen Parteivorsitzenden, Frauke Petry, eine neue Partei zu gründen, sind bislang noch nicht erfolgreich. Zudem führte der Parteitag in Hannover Anfang Dezember 2017 nicht zu einem Aufbruchssignal nach der Bundestagswahl. Deswegen geraten interne Konflikte nun deutlicher an die Öffentlichkeit – die Partei setzt sich selbst unter Druck. Unter anderem deshalb wird die AfD-Fraktion im März 2018 einen großen Teil ihrer Klausurtagung mit Hilfe eines Mediators bewältigen müssen.

„Weidel und Gauland stehen daher mit ihrer Rhetorik für eine stärkere Rechtsorientierung der AfD.“

Die neugewählte AfD-Fraktion im Bundestag besteht aus mehreren Flügeln, die unterschiedliches Gewicht in der neuen Organisation besitzen: Ein großer Teil der Abgeordneten repräsentiert die konservative CDU der 80er Jahre, während der so genannte „Flügel“ als Sammelbecken rechtsextremer Kräfte fungiert. Letzterer hat durch den Hannoveraner Parteitag nach der Bundestagswahl noch einmal Aufwind gewonnen und macht schätzungsweise ein Drittel der Parteimitglieder aus. Die dritte und mittlerweile schwächste Strömung in der Partei sind wirtschaftsliberale Anhänger von Parteigründer Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel (der inzwischen ebenfalls ausgetreten ist). Dieser Flügel, wird eigentlich von der Spitzenkandidatin Alice Weidel repräsentiert und hat in der Parteibasis noch Rückhalt. Trotz der vergleichsweise gemäßigten Einstellung hat Weidel im Bundestagswahlkampf in geschickter Arbeitsteilung mit dem zweiten Spitzenkandidaten Gauland gezielt an einer Verschärfung des Tones der AfD mitgewirkt. Weidel und Gauland stehen daher mit ihrer Rhetorik für eine stärkere Rechtsorientierung der AfD

In den neuen Bundesländern, wie z.B. in Sachsen-Anhalt, gibt es durchaus Kräfte, die eine auf soziale Themen fokussierte Agenda befürworten. Diese Gruppe der AfD, die linke Sozialpolitik und Wirtschaftsnationalismus präferiert, ist aber noch keine eigenständige Kraft innerhalb der AfD. Ihre Bundestagswahlkampagne basierte daher vor allem auf den bekannten Themen des neuen Markenkerns der Partei: Flüchtlinge, Einwanderung, Islam, Familie, deutsche Kultur, Entfremdung und Kritik an linker Ideologie.

Die 14 Landtagsfraktionen der AfD werden von außerparlamentarischen Kräften und Strömungen, besonders aus dem Kontext der „Neuen Rechten“, beeinflusst. Dies gilt nach aktuellen Umfragewerten bald auch für Bayern und Hessen, wo dieses Jahr Landtagswahlen anstehen. Die AfD wird Ende 2018 voraussichtlich in allen Bundesländern vertreten sein.

Die Denkfabriken der „Neuen Rechten“ fördern die Übernahme bekannter ideologischer Bausteine von der „Umvolkung“ oder dem „Souveränitätsverlust“. Zudem drängen die Anhänger über die sozialen Medien auf ein radikales Auftreten der AfD in der politischen Auseinandersetzung. Ein ähnlicher Einfluss auf die Bundestagsfraktion ist zu erwarten.

„Die AfD wird Ende 2018 voraussichtlich in allen Bundesländern vertreten sein.“

Hundert Tage AfD-Fraktion: Radikalisierung und Provokation

Die AfD nutzt ein Parlament anders als etablierte Kräfte. Das lässt sich seit 2014 anschaulich in der politischen Arbeit der Landtage beobachten. Auch die Zeit seit der Konstituierung des Bundestags zeigt dies in Grundzügen:

1. Die AfD betreibt Dauerwahlkampf im Parlament.

Die AfD-Bundestagsfraktion versucht in den Parlamentssitzungen moderat aufzutreten. Sie folgt damit dem Gaulandschen Credo, dass man im Parlament anders reden muss als auf dem Marktplatz. Doch trotz dieser Camouflage hat sich auch im Bundestag gezeigt: Die gezielte Konfrontation ist das Kerngeschäft der AfD. Sitzungen werden dazu genutzt, Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien mit Gesprächsstoff und Eskalationspotenzial anzureichern. In den Fachausschüssen der Landesparlamente, die entweder unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder mit sehr geringer medialer Beachtung tagen, halten sich AfD-Abgeordnete hingegen meist zurück oder bleiben den Sitzungen vollständig fern. Zudem zeigen einige Abgeordnete offenes Desinteresse an der fachlichen Arbeit des Parlaments.

„Doch trotz dieser Camouflage hat sich auch im Bundestag gezeigt: Die gezielte Konfrontation ist das Kerngeschäft der AfD.“

Auch auf Bundesebene ist diese „Arbeitsteilung“ der AfD-Fraktion bereits zu beobachten. In den Gremien des Bundestags wird nicht mitgearbeitet. So wurde dort beispielsweise keine Kritik gegen die Diätenanpassung geäußert oder eine Alternative vorgeschlagen. Die Kritik erfolgt dann in der öffentlichen Debatte und den sozialen Medien – inklusive scharfer Polemisierung. Eine angebliche Arbeitsverweigerung des Parlaments mittels nächtlichen „Hammelsprung“ offenzulegen, gehört ebenfalls dazu. Die AfD zog dieses Instrument als „Revanche“, wie sich Gauland ausdrückte, für die Nicht-Wahl eines AfD-Kandidaten. Das Hauptinteresse scheint eher dem „Facebook-Sharepic“ hinterher, als der politischen Mitgestaltung während der Parlamentsdebatte zu gelten. Auch eigene Fehler versucht sie zu instrumentalisieren. So trug die AfD die Resolution aller Fraktionen zum 55. Jahrestag des Élysée-Vertrags offiziell deswegen nicht mit, weil die Fraktion angeblich nicht mit einbezogen worden wäre. Tatsächlich war es wesentlich profaner: die entsprechenden Änderungswünsche wurden von der AfD-Fraktion nicht eingebracht.

2. Die AfD forciert ihren Markenkern.

Bei parlamentarischen Initiativen in den Landtagen setzt die AfD auf Themen ihres Markenkerns: die Zuwanderungs- und Asylpolitik. Auch wenn andere Abgeordnete davon unabhängige Themen setzen, wie etwa Initiativen in der Familien- oder Wohnungsbaupolitik, verbindet die AfD diese durchweg mit Fragen der Einwanderung und Asylpolitik. Die Ankündigung der AfD, unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestags einen Untersuchungsausschuss zur Flüchtlingspolitik Angela Merkels einrichten zu wollen, zeugt davon, dass sie diesen Kurs der starken Themenfokussierung auch auf Bundesebene fortsetzt. Ein Beispiel dafür ist der jüngste Bundestagsantrag der AfD zur Abschaffung des Familiennachzugs für eingeschränkt schutzberechtigte Flüchtlinge. Bei der Debatte des Bundestages über steigenden Antisemitismus in Deutschland bezog die AfD-Rednerin dies vor allem auf steigende islamische Einwanderung.

3. Die AfD pflegt ihre Oppositionsrolle.

Die Fraktionen in den Landtagen nutzen klassische Oppositionsinstrumente wie Kleine Anfragen oder Fragestunden an die Regierung sehr intensiv. Damit stärkt die AfD ihre Selbstwahrnehmung als politische Kraft, die angebliche Missstände „aufdeckt“ oder „entlarvt“.

4. Die AfD sieht sich als „Anwalt der Bürgerinnen und Bürger“.

Die AfD ist sehr bemüht, eine Grenze zwischen sich und anderen Parteien zu ziehen und positioniert sich mit ihren Fraktionen als vermeintlich einzige „Stimme der Bürger“. Zu ihren gängigen Behauptungen zählt, dass nur in der AfD „normale“ Bürger Politik machen, während andere Parteien primär aus Berufspolitikern bestünden. Zudem ruft die AfD stets nach mehr Bürgerbeteiligung und forderte daher im Wahlkampf auch Volksbefragungen auf Bundesebene. Nicht nur aufgrund der Problematik geeignete Räume zu erhalten, setzt sie auf eigene kleinteilige Regionalveranstaltungen und unterstützt systematisch Demonstrationen von Wutbürgern im gesamten Bundesgebiet. In hartem Kontrast zum Anspruch der Bürgernähe steht allerdings, dass AfD-Fraktionsmitglieder oftmals keine

Abgeordnetenbüros in den Wahlkreisen unterhalten und nur wenige Veranstaltungen der Zivilgesellschaft besuchen. Diese Beobachtung trifft allerdings vor allem auf die westlichen Bundesländer zu. In den östlichen Bundesländern wird die AfD zunehmend in der Fläche sichtbar, weil immer mehr Landtags- und Bundestagsabgeordneten Bürgerbüros eröffnen.

5. Die AfD fokussiert sich auf alternative Kommunikationswege.

Soziale Medien, AfD-TV, Blogs/Nachrichtenportale, WhatsApp-Gruppen – die AfD bedient zahlreiche Kommunikationskanäle jenseits der traditionellen Medien. Jüngstes „Instrument der Gegenmacht“, wie es die AfD in ihrem Strategiepapier bezeichnet hat, ist die Einrichtung eines eigenen Fernsehstudios der Partei und einer regelmäßigen eigenen Berichterstattung aus dem Bundestag. All das erzeugt eine beachtliche Reichweite.

Zwischenfazit

Vieles deutet darauf hin, dass die AfD im Bundestag nicht zu einer „normalen Partei“ werden wird. Auch die mutmaßliche Strategie der Fraktionsführung, kann nicht davon ablenken, dass sich die Abgeordneten in den Sitzungen des Bundestags nicht gesittet verhalten.

„Vieles deutet darauf hin, dass die AfD im Bundestag nicht zu einer ‚normalen Partei‘ werden wird.“

Diejenigen Analysten, die von einer Normalisierung ausgehen, verkennen, dass die AfD aufgrund ihrer derzeitigen Struktur und ihrer Basis nur schwerlich gemäßiger werden kann. Die AfD kann schlicht nicht „normal“ werden im Sinne einer Angleichung an bestehende Parteien. Wohl aber wird sie durch die Zugänge und die Ressourcen, die sie nun erhält, zunehmend professioneller.

Vormals als gemäßigt geltende Politiker wie Georg Pazderski (mit seinem Tweet über angebliche kriminelle Ausländer bei G20-Auseinandersetzung) oder Uwe Junge (mit seiner zunehmend extremer werdenden Wortwahl und der Bezeichnung der AfD als „militärische Miliz“) haben den Ton nach dem Hannoveraner Parteitag entsprechend nach rechts „angepasst“. Es wird aufgrund der hier beschriebenen Logik zunächst eine zunehmende (Eigen)Radikalisierung seitens der AfD zu erwarten sein.

Strategie-Baukasten: Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD

Es gibt gegen die AfD keine „One size fits all“-Strategie. Generell gilt, dass Progressive immer im Kontext der politischen Situationen, der handelnden Personen und der Strategie des Gegenübers (also der AfD) handeln müssen. Dabei geht es vor allem darum, politisch selbst zu agieren statt lediglich zu reagieren. Betrachtet man die Arbeitsweise der AfD, ergeben sich verschiedene Handlungsansätze, die Fraktionen, Parteien und Medien helfen können, der AfD mit Haltung zu begegnen, ohne unfreiwillig ihre Strategie zu unterstützen. Die Handlungsansätze können fortwährend im parlamentarischen Alltag angewandt werden.

„Betrachtet man die Arbeitsweise der AfD, ergeben sich verschiedene Handlungsansätze, die Fraktionen, Parteien und Medien helfen können, der AfD mit Haltung zu begegnen, ohne unfreiwillig ihre Strategie zu unterstützen.“

1. Führt die Auseinandersetzung scharf – aber ohne Tricks!

Die AfD sollte nicht mit parlamentarischen Geschäftsordnungstricks diskriminiert werden. Auch das Ändern parlamentarischer Gepflogenheiten, z.B. bei der Auswahl von Alterspräsidenten, ist kein adäquates Mittel,

um der AfD zu begegnen. Dies ist zum einen der Fall, weil diese Ansätze praktisch nur innerhalb der politischen Blase wahrgenommen werden; zum anderen sind solche Mittel schlicht der demokratischen Debatte unwürdig. Progressive Kräfte müssen vermeiden, der AfD durch den Griff zu Verfahrenstricks die Gelegenheiten zu geben, sich als verfolgte Opfer zu präsentieren. Die formale Beteiligung der AfD am Parlamentarismus darf nicht verhindert werden!

„Progressive Kräfte müssen vermeiden, der AfD durch den Griff zu Verfahrenstricks die Gelegenheiten zu geben, sich als verfolgte Opfer zu präsentieren.“

Eines der besten Mittel gegen den Rechtspopulismus der AfD ist es, sie ihre Parolen erklären zu lassen. Gute Beispiele zeigen, dass wenn man Rechtspopulisten zwingt, ihre Parolen zu erläutern, sie ihre Widersprüche selbst offen legen.

2. Setzt starke Akzente gegen den AfD-Debattenton!

Der bisherige Debattenstil im Bundestag hat sich bereits geändert. Schon Alexander Gaulands erste Äußerungen nach der Wahl („Wir werden Merkel jagen“) zeigen, dass der Ton rauer wird. Es geht in vielen Debatten nicht mehr um die Frage des besseren Arguments. Dies zeigte sich beispielsweise in der Debatte um den AfD-Antrag zur Verschärfung der Flüchtlingspolitik. Der Fraktionsvorsitzende sprach davon, dass Menschen „illegal sein (können)“. Angesichts der oben attestierten weiteren Eigenradikalisierung liegt hier eine besondere Aufgabe für die progressiven Kräfte im Parlament.

Zwischenrufe, Ordnungsrufe, Proteste gegen die Sitzungsführung sowie Sondersitzungen des Ältestenrats werden zunehmen. All das hat in den Bundesländern schon stattgefunden. Fraktionen, deren Mitglieder in der bisherigen politischen Normalität Deutschlands groß geworden sind, müssen deshalb umdenken. Zudem ist zu erwarten, dass die AfD-Bundestagsfraktion – analog zu ihren Landeskollegen – ihre neuen parlamentarischen Ressourcen dafür einsetzen wird, Informationen einzuholen, um Politik und Verwaltung auch im Detail zu kritisieren. Darauf müssen andere Parteien auf zweierlei Art reagieren: Erstens müssen sie

inhaltlich und kommunikativ auf Angriffe vorbereitet sein. Und zweitens sollten sie ihre Energie darauf richten, eigene Debattenakzente zu setzen, statt sich dem Framing der AfD zu unterwerfen.

3. Verwehrt nicht die Wahl von AfD-Kandidaten!

In den Ländern ist es vorgekommen, dass die etablierten Fraktionen die Wahl von AfD-Kandidaten in Gremienposten verhindert haben, die der Fraktion formell zugestanden hätten, wie z.B. als Mitglied der PKK/G10-Kommissionen oder als Mitglieder des Landtagspräsidiums. Dieses Vorgehen hat den Opfermythos der AfD gestärkt und damit ihre Möglichkeiten zum eigenen Framing der politischen Debatte verbessert. Allein deshalb dürfen parlamentarische Gepflogenheiten nicht den Rechtspopulisten geopfert werden, zumal die AfD sich bewusst dann außerhalb des parlamentarischen Konsenses stellt, wenn ihr dies nutzt. Das bedeutet aber nicht, dass es keine Grenzen gäbe oder dass jegliche KandidatInnen der AfD für andere Fraktionen wählbar wären. Wo aber die Grenze im Einzelfall zu ziehen ist, muss sorgfältig erwogen werden. Die Einladung der FDP-Fraktion an Albrecht Glaser, sich in ihrer Sitzung vorzustellen, war ebenso richtig wie das Schreiben der SPD-Fraktion an den AfD-Kandidaten für den Posten des Vize-Bundestagspräsidentens, in dem die Fraktion bat, zu den von ihm getätigten Aussagen zum Islam und zur Religionsfreiheit Stellung zu nehmen. Hier wurde ein Gesprächsangebot formuliert, die Entscheidung, dass man ihn nicht wählen kann, abgewogen – und dann die Grenze gezogen. Anders verhält es sich bei der Ablehnung des Kandidaten für das Parlamentarische Kontrollgremium. Diese wurde nicht erklärt und war daher nicht nachvollziehbar. Es war daher richtig, dass man im Bundestag keinen der, durchaus kritisierbaren, AfD-Kandidaten bei der Wahl der Ausschussvorsitzenden hat durchfallen lassen.

4. Richtet Eure eigene Pressearbeit nicht an der AfD aus!

Im politischen Alltag sollten nicht alle Pressemitteilungen der AfD und ihre kommunikativen Vorstöße kommentiert werden. Dies zu tun hieße, über jedes strategische Stöckchen der AfD zu springen. Mediale Reaktionen auf die Kommunikation der AfD sollten gut

abgewogen erfolgen, besonders was ihren Zeitpunkt angeht. Andere Fraktionen sollten Rechtspopulisten vielmehr im Parlament inhaltlich stellen und dort versuchen, die Kommunikationsmuster der AfD aufzudecken.

„Im politischen Alltag sollten nicht alle Pressemitteilungen der AfD und ihre kommunikativen Vorstöße kommentiert werden.“

Gauland und seine Gesinnungsgenossen versuchen, völkischen Nationalismus und ethnische Homogenität wieder zu Leitbildern unserer Gesellschaft zu machen. Sie hängen dem „Phantasma eines ethnisch-kulturell homogenen Deutschlands“ (Melanie Amann) an und weben diese Haltung kontinuierlich in thematische Debatten ein. Das kann auch in der Pressearbeit unaufgeregt entlarvt werden. Es sollte außerdem nicht auf jede noch so abseitige Meinung mit moralischer Empörung reagiert werden.

5. Betreibt kein Agenda Cutting!

Nur weil Integrationsdefizite angesprochen oder Sorgen über Zuwanderung geäußert werden, sind nicht alle Wählerinnen und Wähler der AfD zwangsläufig rechtsextrem oder fremdenfeindlich. Progressive sollten sich deshalb trauen, gerade auch umstrittene Themen anzusprechen, in den Dialog zu treten und wieder Alternativen zu formulieren. Man muss dabei auch zugeben, wenn die AfD berechnete Fragen gestellt hat – so vermeidet man Tabus, die sich die AfD zu Nutzen machen würde. Anstatt „Agenda Cutting“ zu betreiben, müssen progressive Kräfte wieder den Kontakt zu Menschen herstellen, die nicht der gleichen Meinung sind wie sie.

6. Lasst Provokationen im Parlament ins Leere laufen!

Während der Parlamentsdebatte sollten progressive Parlamentarier gezielte Provokationen der AfD ins Leere laufen lassen. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Selbstinszenierungen als „Opfer“ der etablierten Parteien handelt, die meist die einzige Funktion haben,

später auf Social Media-Kanälen als vermeintlich heldenhafter Widerstand gegen „das System“ präsentiert zu werden. In zahlreichen geschlossenen Facebook-Gruppen werden zu diesem Zweck die Timelines mit Falschmeldungen und tendenziösen Berichten gefüllt. Andere Fraktionen sollten diese populistische „Weiterverwendung“ der parlamentarischen Debatte im Hinterkopf behalten und abwägen, ob und wie sie auf Provokationen eingehen. Zur Strategie der AfD gehört auch, die Community-Regeln von Twitter oder Facebook zu verletzen, um sich als Opfer neuer gesetzlicher Regelungen oder der angeblichen Meinungspolizei zu inszenieren. Dem muss entgegnet werden, dass Widerspruch nicht Tabuisierung ist, sondern legitime demokratische Gegenrede. Dabei sollten Progressive immer auch auf ihren Ton achten. Entschieden in der Sache, aber gelassen im Ton ist die bessere Alternative.

7. Zieht rote Linien!

Bei allem Rat zu besonnenem Agieren muss zugleich sehr rasch klargemacht werden, welche Ideologien mit der AfD nun ihre bundespolitische parlamentarische Form gefunden haben. Die Zugehörigkeit der AfD-Mitglieder des Deutschen Bundestags zu rechtsextremen Seilschaften sollten offengelegt werden. Ebenso sollte verhindert werden, dass Ausschussvorsitze in sensiblen Politikbereichen mit Menschen besetzt werden, die Kontakte zur organisierten Rechten hatten oder haben. Generell gilt, was Erhebungen des Allensbach-Instituts deutlich zeigen: Politik und Gesellschaft sind heute kräftiger und demokratischer als noch vor einem Vierteljahrhundert. Allerdings gilt auch: Nur mit klaren roten Linien lassen sich die rechtsextremen Kräfte wieder aus der Mitte der Gesellschaft verdrängen.

„Nur mit klaren roten Linien lassen sich die rechtsextremen Kräfte wieder aus der Mitte der Gesellschaft verdrängen.“

8. Keine gemeinsamen Initiativen!

Es wird in den Bundestagsdebatten dazu kommen, dass die AfD Initiativen unterstützt oder in der Diskussion applaudiert. Abgeordnete sollten sich davon nicht

durcheinander bringen lassen. Stattdessen sollten sie klarmachen: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD in inhaltlichen Fragen! Anträge sollten nicht durch Alternativanträge aufgewertet werden und nicht jede Initiative sollte durch Resonanz aller anderen Fraktionen im Parlament geadet werden. Statt wie die CSU die Agenda und Denkfiguren der AfD kritiklos zu übernehmen und sie so stark zu machen, müssen progressive Kräfte dieser Tendenz mit einer „Diskurs-Erhitzung“ (Volker Weiß) entgegentreten, um so rechtsextreme Erzählungen aus der gesellschaftlichen Mitte zurückzudrängen.

9. Stellt die AfD in Alltagsfragen und gewährt ihr keine neuen Politikfelder!

Der Bundestagswahlkampf hat es gezeigt und auch die Erfahrungen in den Landesparlamenten legen es nahe: Die diskursive Ausgrenzung der AfD ist gescheitert. Die anderen Fraktionen müssen sich mit den Inhalten und Personen auseinandersetzen, statt die Wählerinnen und Wähler der AfD anzufeinden. Frank Decker, Cas Mudde und andere renommierte Populismusforscher haben dargelegt, dass Populisten oft die durchaus richtigen gesellschaftlichen Fragen aufwerfen. Progressive Politik muss diese beantworten, die schlechten Antworten der AfD widerlegen und sich mit ihr im parlamentarischen Alltag sachpolitisch auseinandersetzen.

„Die diskursive Ausgrenzung der AfD ist gescheitert. Die anderen Fraktionen müssen sich mit den Inhalten und Personen auseinandersetzen, statt die Wählerinnen und Wähler der AfD anzufeinden.“

Progressive sind dann erfolgreich, wenn sie gute eigene Antworten geben und so die Nachfrage der Wählerinnen und Wähler nach populistischer Politik klein halten. Eng damit verknüpft ist, dass man der AfD keine neuen Profilierungsfelder einräumen darf. In den Landesparlamenten ist zu beobachten, dass die AfD genau dies anstrebt. Gezielt werden kritische regionale oder Landesthemen aufgenommen und in der Plenarsitzung genutzt, um die AfD von einer anderen Seite zu zeigen.

Auch die Bestrebungen der AfD durch eine kleine Gewerkschaft in den Betrieben Fuß zu fassen, muss beobachtet werden.

Damit wollen die Rechtspopulisten ihren Markenkern ergänzen. Seid achtsam! Erledigt die Dinge und kümmert Euch um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger!

10. Entzaubert das Demokratieverständnis der AfD!

Die AfD betont ihre Bürgernähe und die Stärkung der direkten Demokratie. In Wirklichkeit hat sie basisdemokratische Elemente bisher nur simuliert oder deren Ergebnisse nicht berücksichtigt, z.B. bei der Befragung zum Wahlprogramm. Progressive müssen die Falschbehauptung der rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteure, sie würden „das Volk“ repräsentieren, entlarven und sich zugleich selbstbewusst für die repräsentative Demokratie stark machen. Die Widersprüchlichkeit und Verlogenheit der AfD-Positionierung zu thematisieren, ist zielführender, als die AfD immer nur als „Nazipartei“ zu bezeichnen.

Die etablierten Fraktionen sollten über richtige Zeitpunkte für schwierige Entscheidungen im Politikbetrieb nachdenken. So ist die Entscheidung über die Diäten der Abgeordneten immer schwierig und für Populisten immer leicht zu polemisieren. Dass die Entscheidung allerdings vor Bildung einer neuen Regierung, ja sogar in einer Zeit schwieriger Sondierungen getroffen wird, trägt nicht zur Stärkung des Vertrauens in die repräsentative Demokratie bei.

Wie sehr die AfD selbst auf dem Weg ist, die Vorteile des bestehenden politischen System für sich zu nutzen, muss viel stärker in den Mittelpunkt politischer Kommunikation progressiver Fraktionen rücken. Denn durch ihr eigenes Handeln schädigt sich die AfD und ihr Selbstbild, nach dem sie anders sei als die Anderen. So zeigt sich, dass sie mutmaßlich maßlos Steuergeld für die Verpflegung ihrer Bundestagsfraktionsmitglieder ausgibt. Seltsam ist auch das Verständnis von innerparteilicher Demokratie einiger Landesvorsitzender in der Männerpartei AfD, wie die bitteren Abrechnungen der ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz über ihre Partei gezeigt haben.

11. Bietet progressive Alternativen und echte Differenz statt künstlicher Debatte an!

In der Zeit bis 2021 muss es den progressiven Kräften gelingen, den Fokus der politischen Auseinandersetzung wieder auf eigenes Terrain, also auf eigene Themen und vor allem gesellschaftliche Visionen zu verschieben. Dazu gehören die deutliche Thematisierung sozialer Missstände und ihre Verbesserung. Progressive stehen, wie es Hajo Funke und Walid Nakschbandi bezeichnen, für die Raison d'être der Gesellschaft nach dem Nationalsozialismus: Sie müssen in Zeiten wie diesen wieder dafür kämpfen, dass Politik nicht Angst schürt, nicht Ressentiments entfesselt und nicht innere oder äußere Feinde beschwört. Progressive Politik muss wieder laut und deutlich werden. Sie muss der Verrohung der politischen Kultur durch Normalisierung teils rechtsextremer Inhalte entgegenwirken. Alle anderen Fraktionen sollten sich für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft, für soziale Sicherheit, Aufstiegschancen und eine sichere ökonomische Existenz für alle Menschen einsetzen und dafür greifbare Vorschläge liefern. Damit setzen sie sozialer Ungerechtigkeit und dem von vielen Menschen empfundenen Kontrollverlust etwas entgegen und schwächen letztlich den Rechtspopulismus der AfD.

Für den Umgang mit der AfD bedeutet das: Anstatt AfD-Politiker und Politikerinnen lediglich in ihrer Rolle als Populisten anzugreifen, müssen sie im parlamentarischen Alltag in der Sache gestellt werden. Zudem dürfen progressive Kräfte nicht selbst populistisch agieren, sondern müssen deutlich machen, dass autoritäre Vorschläge und Politikmodelle keine wirklichen Lösungen bieten. Progressive Kräfte müssen wieder Alternativen für unsere Gesellschaft entwickeln und entschlossen für eine andere, solidarische Gesellschaft eintreten.

12. Zeigt mehr Präsenz!

Die AfD-Bundestagsfraktion hat in den ersten Sitzungen eine enorme Präsenz an den Tag gelegt. Dies wird sie zwar schwer durchhalten können, wenn der Bundestag nach einer Regierungsbildung seine Arbeit wirklich aufnimmt. Wenn der Abgeordnete Pohl die leeren Bänke der anderen Bundestagsfraktionen fotografiert, führt er diese vor und suggeriert, nur die AfD

würde „für das Volk“ arbeiten. Auch wenn diese Aktion nach hinten losging, da er das Foto vor Beginn der Sitzung veröffentlichte, zeigt sich hier die Strategie der AfD. Sie sieht das Plenum als Hauptaktionsfeld und negiert, dass Deutschland ein Arbeitsparlament hat, dessen Ausschüsse oftmals gleichzeitig zu Plenarsitzungen stattfinden.

„Präsenz vor Ort ist für die etablierten Parteien und ihre Fraktionen ein wesentlicher Bestandteil im Umgang mit dem Rechtspopulismus.“

Präsenz vor Ort ist für die etablierten Parteien und ihre Fraktionen ein wesentlicher Bestandteil im Umgang mit dem Rechtspopulismus. Damit das Vertrauen der Bevölkerung durch Präsenz zurückgewonnen werden kann, muss über andere Formen der Wahlkreisarbeit nachgedacht werden. Angelehnt an der Quartiersarbeit sollten dort neue Initiativen ausprobiert werden, wo politische und gesellschaftliche Beteiligung niedrig und die sozioökonomischen Strukturen schwach sind. Progressive Abgeordnete und Fraktionen sollten ihre lokalen Büros als physische Zeichen gegen die gefühlte Repräsentationslücke begreifen. Wenn sich Bundestagsabgeordnete und ihre Büros wieder als Andockstelle für zivilgesellschaftliches Engagement verstehen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in gesellschaftliches Zusammenleben einbinden, kann verlorenes Vertrauen durch konkrete Aktion zurückgewonnen werden. Dafür müssen Abgeordnete aber erst einmal wieder in den betroffenen Regionen vertreten sein. Die teilweise erschütternden Wahlergebnisse und die niedrige Zahl von Parteimitgliedern in diesen Regionen zeigen, wie schwer dieser Weg sein wird. Deswegen bedarf es neuer Bündnisse und auch Änderungen der Parteistrukturen, um diese Aufgabe zu bewältigen.

13. Seid selbstbewusst im Netz!

Auf die Stärke der AfD in den sozialen Medien muss eine Antwort gefunden werden. Die etablierten Parteien haben diese lange Zeit nicht ernst genug genommen. Nicht nur in ihren Offline-Aktivitäten, sondern verstärkt auch online müssen sich Progressive daher mit dem Rechtspopulismus auseinandersetzen. Die

eigene Social Media-Community muss in größerem Maße als bislang aktiviert werden – als Gegenentwurf zu den Personen, die bei der AfD besonders aktiv sind. Die Erfahrungen mit den Social Bots der AfD aus dem Bundestagswahlkampf zeigen, dass hier eine ernste Gefahr für den demokratischen Austausch im Internet besteht. Die Parteien sollten ihre Kommunikationsanstrengungen im Internet nach den nun durchgeführten Bundestagskampagnen keineswegs reduzieren, sondern stärken.

14. Beobachtet rechte Netzwerke genau!

Derzeit professionalisiert sich die AfD-Fraktion insbesondere durch den Wechsel erfahrener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Bundestagsverwaltung oder anderer Fraktionen. Diese Ebene zu beobachten ist genauso wichtig, wie die Abgeordneten. Das rechte Netzwerk wird auch hier mittels wissenschaftlicher Referentinnen und Referenten versuchen, neue Zugänge in den Bundestag zu erlangen. Deswegen: Beobachtet das gesamte rechte Umfeld.

„Das rechte Netzwerk wird auch mittels wissenschaftlicher Referentinnen und Referenten versuchen, neue Zugänge in den Bundestag zu erlangen.“

15. Treibt die europäische Vernetzung voran!

Viele europäische Länder haben bereits Erfahrungen mit populistischen Parteien im Parlament gemacht. Darum sollte Deutschland den europäischen Austausch suchen, in neuen Formaten Erfahrungen austauschen und Kooperationen vertiefen. Auch das trägt zur Zurückdrängung rechter Kräfte bei, die sich wiederum selbst international vernetzen. Progressive sollten ihre bestehenden Formen der Vernetzung und wissenschaftlichen Beratung stärken und sich bemühen, in ihre Debatten breite soziale Milieus einzuschließen. Ebenso sollte das Lernen aus der Landespolitik, zu dem dieses Papier einen Anstoß gibt, in Konferenzen, Workshops und kontinuierlichen Netzwerken verstetigt werden.

Wie mit der AfD als stärkste Oppositionspartei umgehen?

Durch die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD wird es wahrscheinlicher, dass die AfD-Fraktion – kaum hundert Tage alt – die Opposition in der neuen Wahlperiode anführen wird. Aus der außerparlamentarischen Opposition zur Oppositionsführerin – diese Entwicklung wird die AfD zu einer weiteren Professionalisierung treiben. Zusätzlich kommt die AfD in den Genuss zahlreicher weiterer Privilegien. Sie antwortet als erste auf die Regierungserklärungen der Kanzlerin und erhält damit erhebliche mediale Präsenz. Zudem stellt sie den Vorsitzenden im Haushaltsausschuss. Hier werden über das „Königsrecht“ des Parlaments gewacht und wichtige Entscheidungen in der Euro-Politik getroffen.

„Aus der außerparlamentarischen Opposition zur Oppositionsführerin - diese Entwicklung wird die AfD zu einer weiteren Professionalisierung treiben.“

Es ist nicht hilfreich wenn das Gefühl entsteht, dass Auseinandersetzungen zwischen etablierten Parteien inszeniert sind. In der breiten politischen Debatte muss es wieder um echte Alternativen gehen. Dafür wird es wichtig sein, dass SPD und CDU in der Großen Koalition Konflikt und Konsens zusammendenken und entsprechende Räume dafür schaffen.

Befürchtungen, dass die AfD durch diese neue Rolle gestärkt wird, mögen berechtigt sein. Es gibt aber auch die Erfahrung, insbesondere im Osten Deutschlands, dass sich progressive Oppositionsfraktionen eher schwer tun, der Alarm-Opposition der AfD wirksam zu begegnen. Daher gilt – vermeintlich einfach –, dass die demokratiekompetenten Kräfte des Bundestags noch wachsamer sein müssen.

Will die Große Koalition eine Anti-Populismus-Strategie verfolgen, so muss sie auf der einen Seite

politische Angebote formulieren und sich auf der anderen Seite gegen die AfD stark abgrenzen. Konkret heißt das: sozialen Ausgleich stärken und Lösungen für die Integrationspolitik anbieten. Damit unterbreitet ein solches Zweckbündnis jenen WählerInnen ein ehrliches Angebot, die die AfD aus Enttäuschung und Protest wählen. Gleichzeitig muss der progressive Partner klare rote Linien von der konservativen Regierungspartei einfordern und dafür sorgen, dass die Abgrenzung der demokratischen Kräfte zur AfD aufrechterhalten bleibt.

Fazit

Seit 2014 sind im Umgang mit den Fraktionen der AfD in den Landtagen verschiedene Strategien ausprobiert worden. Auch auf der Bundesebene wird es viel „Trial and Error“ geben, wie die ersten hundert Tage im Umgang mit der AfD-Bundestagsfraktion gezeigt haben. Politische Akteure im Bundestag tun gut daran, das Phänomen AfD nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und als etwas von alleine Vorübergehendes zu behandeln. Der offene und aktive Austausch zum Umgang mit der AfD unter progressiven Kräften und besonders unter Abgeordneten sowie ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wird in den nächsten Jahren enorm wichtig dafür sein, die AfD wirksam zurückzudrängen. Dieses Papier gibt erste Handlungsempfehlungen und ist ein Plädoyer dafür, voneinander zu lernen. Niemand weiß, ob die AfD aus dem Bundestag perspektivisch wieder verschwindet. Umso wichtiger ist es, konzentriert für dieses Ziel und die Stärkung der Demokratie zu arbeiten.

Autor



Fedor Ruhose ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum und beschäftigt sich dort schwerpunktmäßig mit der Zukunft der Demokratie und Bund-Länder Beziehungen.

Institutionelles Format dafür ist der Bund-Länder Gesprächskreis, eine vertrauliche Runde progressiver Vertreterinnen und Vertretern von Bundes- und Landesministerien sowie Bundestags- und Landtagsfraktionen. Sein Ziel ist es, die Vernetzung von Progressiven der Landes- und Bundesebene zu fördern, um voneinander zu lernen und gemeinsame Strategien für ebenenübergreifende Herausforderungen zu identifizieren.

Hauptberuflich ist Fedor Ruhose Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz. Davor war der Diplom-Volkswirt in unterschiedlichen Funktionen im Leitungsstab der Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz tätig.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit Sitz in Berlin. Ziel der Organisation ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht Das Progressive Zentrum besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in progressive Debatten ein. Die Discussion Papers von Das Progressive Zentrum richten sich vor allem an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Ziel ist es, neue Entwicklungen aufzuzeigen, Rechtspopulismus zu begegnen und mit Denkanstößen für eine fortschrittliche und gerechte Politik progressive Debatten in Deutschland und Europa anzutreiben.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2018

Ausgabe: Februar 2018

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial

Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

www.facebook.com/dasprogressivezentrum

twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: 4S und Collet Concepts

Layout: somethingcreative.agency